

## Auf die Landwirtschaft kommt es an

**Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, über die Bedeutung des Agrarsektors für die Ernährungssicherung, notwendige Investitionen in Entwicklungsländern, Erkenntnisse ihrer jüngsten Afrika-Reise, alarmierende Achterbahnfahrten auf den Agrarrohstoff-Weltmärkten und einen erforderlichen Trennstrich zwischen verantwortungsvollen Investitionen und reinen Finanztransaktionen**

*Sie haben kürzlich mit Südafrika und Äthiopien zwei wichtige Länder des schwarzen Kontinents besucht. Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung die Ernährungssituation in den beiden Ländern und in Afrika insgesamt dar?*

**Aigner:** Äthiopien ist eines der ärmsten Länder der Welt und trotz der großen Anstrengungen der Regierung und internationaler Geber sind große Teile der Bevölkerung von Hunger bedroht. Über 40 % der äthiopischen Bevölkerung ist unterernährt. Damit steht Äthiopien auf Platz vier des Welthunger-Index. Aber auch in Südafrika, das auf Platz 9 von 79 Ländern steht, haben 20 % der Haushalte unzureichenden Zugang zu Nahrung. Und in vielen weiteren Ländern ist die Situation trotz gewisser Fortschritte nicht minder alarmierend.

*In Äthiopien haben Sie u. a. ein landwirtschaftliches Ausbildungszentrum besucht, das von Ihrem Haus gefördert und von der Wirtschaft unterstützt wird. Wie kann deutsches Agrar-Know-how zur Entwicklung der äthiopischen Landwirtschaft beitragen?*

**Aigner:** Wissen ist die Grundlage für Veränderungen. Deswegen unterstützen wir Partnerschaften zwischen Bauernverbänden und mit der Wirtschaft, die Know-how in das Land bringen sollen. Es geht ja darum, mit Hilfe angepasster Technologie Erträge zu steigern, gesunde Lebensmittel zu erzeugen und somit einen Beitrag zur Ernährungssicherung vor Ort zu leisten.

*Wie wird eine Balance zwischen entwicklungspolitischen Zielen und wirtschaftlichen Interessen hiesiger Unternehmen erreicht?*

**Aigner:** Wir befürworten privatwirtschaftliche Investitionen, wenn deren Nachhaltigkeit und Entwicklungsnutzen für die lokale Bevölkerung gewährleistet wird. Außerdem muss verantwortungsvoll mit natürlichen Ressourcen umgegangen werden. Ohne Investitionen werden wir die Ernährungssituation in den ärmsten Ländern kaum dauerhaft und umfassend verbessern können. Auf meiner Reise habe ich den Eindruck gewonnen, dass die deutsche Agrarwirtschaft durchaus bereit ist, sich verantwortungsvoll und engagiert an Projekten zu beteiligen.

*Afrika wird in der deutschen Öffentlichkeit nach wie vor überwiegend als Problemregion wahrgenommen. Stimmt das Bild nach Ihren Eindrücken noch?*

**Aigner:** Ich habe auf meiner Reise zwei sehr unterschiedliche afrikanische Länder besucht. In Südafrika, der größten Wirtschaftsmacht auf dem afrikanischen Kontinent, findet man neben kleinbäuerlichen Strukturen auch eine kommerzielle Landwirtschaft, die beeindruckende Erfolge vorzuweisen hat. Und auch die Verarbeitungsindustrie wächst. Äthiopien als eines der ärmsten Länder der Welt ist dagegen überwiegend von Subsistenzlandwirtschaft geprägt. Eine pauschale Einschätzung für Afrika lässt sich daraus schwer ableiten. Ich habe Entwicklungen gesehen, die zuversichtlich stimmen – vor allem das große Wachstumspotenzial bei der Landwirtschaft in Äthiopien. Afrika steht angesichts der rasant wachsenden Bevölkerung, aber auch wegen des fortschreitenden Klimawandels vor riesigen Herausforderungen. Die Sicherung der politischen Stabilität und die Ernährung bleiben zentrale Aufgaben. Bis zum Jahr 2025 werden in Afrika 330 Mio. Jugendliche auf den Arbeitsmarkt drängen, davon werden allein 200 Mio. Arbeit auf dem Land suchen. Die Fortentwicklung und Stabilisierung des Agrarsektors sind vor diesem Hintergrund unerlässlich.

*Entwicklungspolitiker betonen seit Jahren die Notwendigkeit höherer Investitionen in die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung. Dies müsste sich auch in der Entwicklungspolitik niederschlagen. Tut es das?*

**Aigner:** In den vergangenen drei Jahren habe ich mit meinem Ministerkollegen Dirk Niebel die Landwirtschaft wieder ins Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit gerückt. Das war ein wichtiger Schritt, dieser Weg muss fortgesetzt werden. Wenn wir im Kampf gegen den Hunger erfolgreich sein wollen, müssen wir außerdem die Zusammenarbeit der Landwirtschaftsressorts auf internationaler Ebene weiter intensivieren. Und wir brauchen noch mehr Unterstützung aus der Privatwirtschaft. Allein mit staatlichen Investitionen werden die Probleme nicht zu lösen sein.

Ilse Aigner ist seit November 2009 Bundesministerin. Die 48-Jährige gelernte Radio- und Fernsehtechnikerin stammt aus dem oberbayerischen Feldkirchen im Landkreis Rosenheim.

Bei der anstehenden Bundestagswahl tritt Aigner nach 15-jähriger Parlamentszugehörigkeit nicht mehr an. Sie bewirbt sich stattdessen um ein Mandat im bayerischen Landtag. In Bayern gilt die CSU-Politikerin als ernsthafte Kandidatin für die Nachfolge von Ministerpräsident Horst Seehofer.



Landwirtschaftsministerinnen Ilse Aigner und Tina Joemat-Pettersson, Südafrika, nach der Unterzeichnung einer Absichtserklärung über die vertiefte Zusammenarbeit im Bereich der landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung.

## *Entwicklungspolitik ist das ureigene Terrain des BMZ. Warum engagiert sich das BMELV auf diesem Gebiet?*

**Aigner:** Mein Haus ist zuständig für Land- und Forstwirtschaft sowie Ernährungsfragen – auch in der internationalen Zusammenarbeit. In den Entwicklungsländern besteht ein hoher Bedarf an politischer und fachlicher Beratung, die Erwartungen sind enorm. Für meine Fachkollegen ist unser Ressort oftmals der erste Ansprechpartner, wenn es um Fragen der Agrarentwicklung geht. Daher spreche ich mich dafür aus, dass unsere bilaterale Facharbeit auch im Landwirtschaftsressort weiter gestärkt wird.

## *Was haben Sie in Ihrer Amtszeit auf dem Gebiet „Welternährung“ erreicht?*

**Aigner:** Die Menschen in den Entwicklungsländern müssen in die Lage versetzt werden, sich selbst zu versorgen. Mit dem jährlich am Rande der Grünen Woche stattfindenden Internationalen Agrarministertreffen hat mein Haus eine politische Plattform für die Entscheider in der Landwirtschaft geschaffen. In vielen Projekten fördern wir konkret den Aufbau einer modernen und ressourcenschonenden Landwirtschaft und haben hierfür die Haushaltsmittel von 4 auf 10 Mio. € erhöht. Auf UN-Ebene ist es uns gelungen, freiwillige Leitlinien zum Zugang zu Land und Ressourcen zu verabschieden. Sie zeigen, wie

z. B. ein Landtransfer unter Berücksichtigung der Rechte der lokalen Bevölkerung aussehen muss. Das war ein zähes Ringen mit 160 Staaten. Die Umsetzung begleiten wir jetzt im engen Austausch mit Nichtregierungsorganisationen, um nur einige Beispiele zu nennen.

## *Im Mittelpunkt der derzeitigen politischen Diskussionen stehen zumeist der Anstieg der Weltbevölkerung und deren Ernährung im Jahr 2050. Zeitlich näher liegen allerdings die Millenniumsziele und deren Erreichung. Wie steht's um das Vorhaben, die Zahl der Hungernden bis 2015 gegenüber 1990 zu halbieren?*

**Aigner:** Das Ziel, die Zahl der Hungernden weltweit bis 2015 zu halbieren, ist nach Aussagen der UN-Ernährungsorganisation FAO noch zu erreichen. Derzeit sind die Zahlen aber immer noch erschreckend. Rund 880 Mio. Menschen hungern. Damit dürfen wir uns nicht abfinden! Das erfordert unser ganzes Engagement. Und eines ist dabei klar: Der Hunger lässt sich nur besiegen, wenn Lebensmittelverluste reduziert und das ungenutzte Potenzial in der Landwirtschaft gehoben wird. Bisher liegen noch viele Flächen brach, nicht nur in Afrika. Das können wir uns nicht leisten. Aber es ist auch ein langer und mühsamer Weg, hier gegenzusteuern und neue Impulse zu setzen.

*Was sind die wesentlichen Ursachen, dass die Fortschritte nur schleppend erfolgen?*

**Aigner:** Das kann man nicht pauschal sagen, jedes Land hat seine eigenen Herausforderungen. Da Landwirtschaft der Schlüssel für den Kampf gegen den Hunger ist, muss Agrarpolitik eine zentrale Rolle erhalten, die eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion fördert. Zudem ist eine funktionierende Infrastruktur wichtig, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande, und zwar in allen Bereichen wie Straßen, Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit und öffentlicher Verwaltung. Nicht zuletzt braucht es eine gute Regierungsführung. Ein freier Zugang der Bevölkerung zu Land und Bildung setzt korruptionsfreie, demokratische, rechtsstaatliche Verwaltungsstrukturen voraus.

*Sie haben sich wiederholt für eine strengere Reglementierung von Agrarterminmärkten eingesetzt und befinden sich damit im Widerspruch zu den meisten deutschen Agrarökonominnen. Welche Rolle spielt aus Ihrer Sicht die Spekulation mit Agrarrohstoffen für die Entwicklung der Agrarpreise?*

**Aigner:** Wir haben in den vergangenen Jahren alarmierende Achterbahnfahrten auf den Agrarrohstoff-Weltmärkten erlebt. Dadurch sind Grundnahrungsmittel in den Entwicklungsländern zeitweise unbezahlbar geworden. Und wir beobachten seit Jahren einen besorgniserregenden Preisanstieg für Agrarrohstoffe weltweit. Dafür gibt es mehrere Gründe, wie etwa das enorme Bevölkerungswachstum, den fortschreitenden Klimawandel, schwere Unwetter oder fehlende Investitionen in die Landwirtschaft. Hinzu kommt ein Mangel an Transparenz – sowohl über die Verfügbarkeit von Agrarrohstoffen als auch den Handel damit auf den Finanzmärkten. Die meisten Experten sind sich einig: Kurzfristig kann Spekulation diese Preisschwankungen verstärken. Deshalb ziehen sich ja auch immer mehr Finanzinstitute aus diesem Geschäftsbereich zurück. Sie ist daher ein wichtiger Faktor, auf den wir achten müssen. Gerade deshalb treffen wir auf europäischer und auf internationaler Ebene Gegenmaßnahmen.

*Wo verläuft die Grenze zwischen einer wirtschaftlich sinnvollen und notwendigen Preisabsicherung und einem unverantwortlichen Zocken mit Lebensmitteln?*

**Aigner:** Das ist genau die entscheidende Frage, die sich vor allem die Finanzinstitute stellen müssen. Es ist wichtig, dass ein klarer Trennstrich gezogen wird zwischen verantwortungsvollen Investitionen, die hilfreich im Kampf gegen den Hunger sind, und reinen Finanztransaktionen, die Preisschwankungen verstärken können.

*Wie beurteilen Sie die Realisierungschance der von Ihnen vorgelegten Vorschläge zum Agrarmarkt-Informationssystem, zu Positionslimits für Finanzinvestoren sowie zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer?*

**Aigner:** Das Agrarmarkt-Informationssystem wird bereits auf internationaler Ebene aufgebaut. Es ermöglicht weltweit einen Überblick über die zu erwartenden Ernten und die Lagerbestände der wichtigsten Agrarrohstoffe. Damit wird Transparenz auf den realen Märkten geschaffen. Wir wollen aber auch auf den Finanzmärkten für Transparenz sorgen. Auf EU-Ebene wird gerade an der Mifid-Richtlinie gearbeitet, die Positionslimits festlegt für Akteure, die nicht mit physischer Ware handeln. Die Richtlinie soll in diesem Jahr verabschiedet werden. Die Positionslimits gelten aber ausdrücklich nicht für die Bauern und die Agrarhändler, die Derivate und andere Finanzinstrumente brauchen, um ihre Preise längerfristig abzusichern. Warenterminmärkte sind notwendig. Außerdem geplant ist eine Finanztransaktionssteuer für solche Transfers.

*Bilaterale Freihandelsabkommen führen dazu, dass Dritte ausgeschlossen werden. Wissenschaftler warnen vor negativen Folgen für arme Länder. Warum setzt die Bundesregierung dennoch auf bilaterale Abkommen, etwa ein Freihandelsabkommen EU-USA?*

**Aigner:** Priorität für die Bundesregierung hat nach wie vor ein erfolgreicher Abschluss der WTO-Verhandlungen. Leider kommen wir hier nicht voran. Um Arbeitsplätze in Deutschland auch im Agrar- und Lebensmittelsektor zu sichern, bleibt es ein Ziel, neue Märkte zu erschließen. Die Bundesregierung unterstützt ein umfassendes Freihandelsabkommen mit den USA. Integration in den Weltmarkt bietet Chancen auch für Entwicklungsländer. Die EU hat prioritär einen offenen Markt für zahlreiche Entwicklungsländer geschaffen, besonders für die ärmsten Länder. Sie werden daher durch weitere Freihandelsabkommen nicht vom EU-Markt ausgeschlossen werden.

*Wie wird sichergestellt, dass hiesige Standards im Agrarbereich nicht geschleift werden?*

**Aigner:** Im Agrarsektor gibt es besondere Interessen und Sensibilitäten, die von der EU-Kommission in allen Verhandlungen berücksichtigt werden müssen. Der Schutz der Verbraucher wie der Landwirte ist für Deutschland und Europa ein besonderes Anliegen. Europa wird seine über Jahrzehnte gewachsenen Rechtssysteme und hohen Standards beim Verbraucherschutz für ein Freihandelsabkommen nicht zur Disposition stellen. ■ Rainer Münch

# Hunger ist eine Menschenrechtsverletzung – Hungerbekämpfung ein Kampf gegen Diskriminierung

Roman Herre\*

In den letzten sechs Jahren erreichten die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel zweimal Rekordhöhen. 2007/08 erregten „Hungeraufstände“ in über 60 Ländern große mediale Aufmerksamkeit.<sup>1</sup> Arme Menschen konnten sich die Nahrung zum täglichen Überleben nicht mehr leisten. Die Zahl der Hungernden stieg erstmals auf über eine Milliarde Menschen.<sup>2</sup> Der andauernde Skandal des Hungers in einer reichen Welt wurde kurzfristig laut und wahrgenommen. Aber eben nur kurzfristig. Im Folgenden wird die Debatte zur Hungerbekämpfung kritisch bewertet und eine alternative, auf dem Recht auf Nahrung basierende Hungerbekämpfung umrissen.

## Wer hungert und warum?

Dies ist eine einfache und dennoch gern vergessene Frage. Denn deren Beantwortung muss Grundlage für eine effektive Hungerbekämpfung sein.

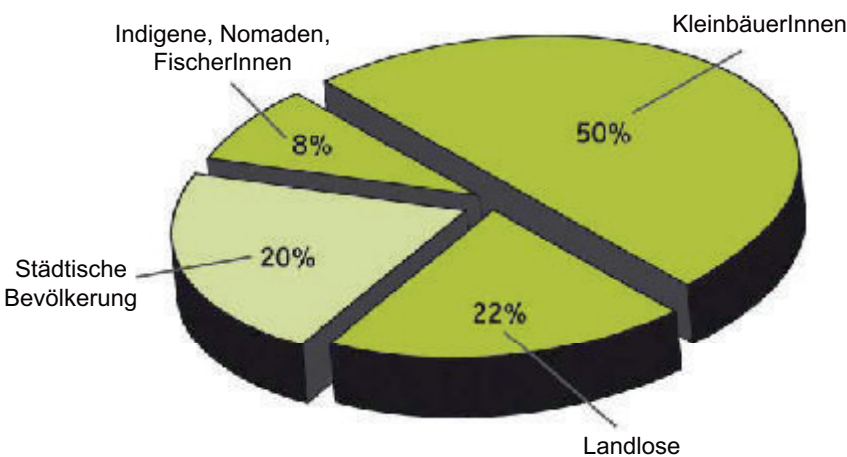
**Wer?** Hunger kann besonders ganz bestimmten gesellschaftlichen Gruppen zugeordnet werden. Dies haben die Vereinten Nationen 2004 erstmals auf globaler Ebene festgehalten. Demzufolge sind die Hälfte aller Hungernden Kleinbauern/-bäuerin-

nen, 22 % Landlose (Saisonarbeiter, Pächter ...) und 8 % Indigene, Nomaden und Fischer (vgl. Abb.). 80 % der Hungernden leben auf dem Land, 20 % in urbanen Gebieten.<sup>3</sup>

**Warum?** Hunger ist fast immer das Resultat von Marginalisierung und Diskriminierung – von Politikentscheidungen, von Handeln oder Unterlassen. Im Kontext der Hungernden wird auch von einer multiplen Diskriminierung gesprochen – einer politischen, ökonomischen und geo-

grafischen. Die oben identifizierten Gruppen haben kaum Möglichkeiten, Einfluss auf Politikentscheidungen zu nehmen, werden wirtschaftlich benachteiligt (bspw. durch Handelsabkommen) und wurden oft in Gebiete abgedrängt, in denen es besonders schwierig ist, von der Landwirtschaft zu leben (schlechte Böden, Trockenheit, Hanglagen, schlechter Zugang zu Märkten, kaum lokale Infrastruktur ...). Das Kleinbauern/-bäuerinnen-Netzwerk La Via Campesina, bringt diese Benachteiligungen deutlich zum Ausdruck:

Abbildung: Wer hungert?



Quelle: Eigene Darstellung, Daten: Vereinte Nationen 2004 Millenium Project: Interim Report of Task Force on Hunger

\* Roman Herre, FIAN Deutschland, Köln, Tel. (0221) 70 200 72, r.herre@fian.de

<sup>1</sup> Holt-Gimenez et al. (2009): Food rebellions. Crisis and the hunger for justice.

<sup>2</sup> Laut FAO ist die Zahl der Hungernden 2011 um über 100 Mio. Menschen gefallen. Es ist jedoch unklar, inwieweit dies mit einer neuen Methodologie in Zusammenhang steht, die 2011 neu zur Anwendung kam.

<sup>3</sup> Andere Quellen sprechen von 70 und 75 % Hungernden auf dem Land.

<sup>4</sup> La Via Campesina (2008): Abschlusserklärung der internationalen Konferenz zu den Rechten von Bauern und Bäuerinnen, Jakarta.

<sup>5</sup> Besonders hervorzuheben sind die Politik der Strukturanpassungsmaßnahmen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds sowie die Politik der Welthandelsorganisation WTO. Siehe etwa Bello (2008): Manufacturing a Global Food Crisis. In: Global Asia, Vol. 3.

*„Heute können wir kein Einkommen mehr erwirtschaften, das uns ermöglicht, in Würde zu leben. Eine Mischung aus nationalen Politiken und internationalen Rahmenbedingungen ist verantwortlich dafür, dass wir ausgelöscht werden.“<sup>4</sup>*

## Vom „Überfluss“ zur „Knaptheit“

Über die letzten 40 Jahre wurde die Entwicklung des globalen Ernährungssystems von einer Weltmarkt-fixierten Politik dominiert, in deren Logik beispielsweise eine Kleinbäuerin im Senegal in direkte Konkurrenz mit einem global aufgestellten Nahrungsmittelkonzern wie Metro treten muss.<sup>5</sup> Nahrungs-

### „Frei“-Handelsabkommen – frei von Menschenrechten

Handelsanreize können neben positiven Effekten auch negative Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt haben. Regierungen weigern sich jedoch, angemessene Maßnahmen zur ergreifen, um solchen möglichen Auswirkungen entgegenzuwirken.

Das Assoziationsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika veranschaulicht dies. In dem Abkommen werden umfassende Handels- und Investitionsliberalisierungen vereinbart, die auch auf den Anbau von Energiepflanzen Auswirkung haben. Die Ausweitung des Zuckerrohr- und Palmölanbaus für die Gewinnung von Agrartreibstoffen hat in den vergangenen Jahren zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen geführt. Da das Abkommen anhaltende Anreize für eine weitere Expansion der Agrartreibstoffe gibt, wird es zu einer Verschärfung dieser Konflikte beitragen. Auch eine Studie der EU kommt zu dem Schluss, dass das Abkommen gerade im Bereich Agrartreibstoffe den „Druck auf die Landnutzung verstärken“ wird.

Ungeachtet dessen haben Bundestag und Bundesrat das Abkommen „durchgewunken“. Eine menschenrechtliche Folgenabschätzung wurde nicht durchgeführt. Es wurde kein menschenrechtlicher Beschwerdemechanismus verankert, geschweige denn Mechanismen, mit denen bei negativen menschenrechtlichen Auswirkungen korrektive Maßnahmen ergriffen werden könnten.

mittel wurden immer billiger – ein wichtiger Grund für die Verarmung der Bauern/Bäuerinnen weltweit, die heute die Hälfte der Hungernden ausmachen.

Nun wendet sich das Blatt. Die Preise steigen und werden langfristig auf einem hohen Niveau bleiben. Aber anstatt diese Gelegenheit zu nutzen und aktiv Nahrungsmittelproduzent/-innen zu fördern, damit sie von der Entwicklung profitieren können, wird die „Ernährungskrise“ genutzt, um Bauern/Bäuerinnen, Nomad/-innen, Indigene und Fischer/-innen weltweit im Namen der „Hungerkrisenbewältigung“ und Produktivitätssteigerung von ihrem Land zu vertreiben.<sup>6</sup> Konzerne, Banken und Investmentfonds sichern sich überall auf der Welt riesige Landflächen (auch Land Grabbing genannt). Forciert wird dies auch durch Handels- und Investitionsabkommen, die menschenrechtliche Risiken ignorieren (vgl. Kasten).

### Hunger im Überfluss

Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte stellt in seinem Rechtskommentar zum Recht auf Nahrung klar:

*„Im Grunde liegt die Wurzel des Problems von Hunger und Mangelernährung nicht in einem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern im mangelnden Zugang großer Teile der*

### *Weltbevölkerung zu den verfügbaren Nahrungsmitteln.“<sup>7</sup>*

Dies unterstreichen auch die globalen Zahlen. Zwar wächst die Weltbevölkerung, was gerne als Kernursache für Hunger vorgeschoben wird, jedoch wird verschwiegen, dass die Menge der verfügbaren Nahrungsmittel schneller wächst. In Zahlen: Von 1960 bis heute ist die Bevölkerung um das 2,3-fache angestiegen. Im gleichen Zeitraum ist die Nahrungsmittelproduktion um das 3,1-fache angestiegen. Rein rechnerisch hätte damit jeder Mensch auf der Welt heute 30 % mehr zu essen als noch vor 50 Jahren.<sup>8</sup>

### Regierungen fördern Agribusiness statt Hungernde

Entgegen diesen Fakten scheinen die Lobbybemühungen der Agrarkonzerne von BASF bis Monsanto bei den Regierungen Gehör zu finden. 2012 haben die G8-Staaten die sog. New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa ins Leben gerufen. Dabei, wie auch bei der ähnlichen Initiative der Bundesregierung, der German Food Partnership zwischen deutschen Agrarunternehmen und Entwicklungsministerium, ist neben dem einseitigen Fokus auf Produktivitätssteigerung eines auffällig: Anstatt die

Betroffenen vor Ort anzuhören und deren Vorschläge zur Hungerbekämpfung ernst zu nehmen, sitzen bei diesen Initiativen die Agrarkonzerne mit knallharten Geschäftsinteressen am Tisch und gestalten die Politik mit. So wird der andauernden Diskriminierung der Hungernden sicherlich nicht entgegen gewirkt.

### Das Menschenrecht auf Nahrung: völkerrechtlich verbrieftes Recht jedes Menschen

Das Menschenrecht auf Nahrung (RaN) ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte völkerrechtlich verankert. Wie bei jedem anderen Menschenrecht müssen Staaten dieses Recht respektieren (Unterlassen von Handlungen, die sich negativ auf die Realisierung des RaN auswirken), schützen (vor Dritten, wie beispielsweise privaten Firmen) und gewährleisten (aktiv durch Politikmaßnahmen die Durchsetzung des RaN befördern). Für die Durchsetzung des RaN müssen Staaten das Maximum der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen einsetzen. Andere Staaten und die internationale Gemeinschaft müssen diese Bemühungen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit aktiv unterstützen.

<sup>6</sup> McMichael (2012): The land grab and the corporate food regime restructuring.

<sup>7</sup> CESCR (1999): Allgemeiner Rechtskommentar 12 zum Recht auf Nahrung.

<sup>8</sup> FAOStat 2012.

## Fazit: Eine Frage des politischen Willens

Hunger ist in erster Linie eine Frage von Diskriminierung und der Verletzung von Rechten. Hunger ist damit im Kern ein politisches Problem und menschengemacht. Er kann daher nicht – so verlockend einfach es auch manchmal klingt – technisch gelöst werden. Lösungsansätze müssen zuallererst eine angemessene Beteiligung der diskriminierten Gruppen an der Erarbeitung von Lösungsansätzen und Strategien beinhalten.

Das Positive vorab: Auf globaler Ebene gibt es eine erstaunliche Entwicklung. Nach der Reform des UN-Ausschusses für Welternährungssicherheit (CFS), der Fragen zur Ernährungssicherung global koordinieren soll, können

dort Kleinbauernorganisationen, Vertreter von Hirtenvölkern und anderen diskriminierten Gruppen selbstorganisiert mitreden. Solche Vorgehensweisen würden im 21. Jahrhundert auch der deutschen und europäischen Politik gut zu Gesicht stehen.

Die Bundesregierung verweist zudem gerne und meist zu Recht auf den fehlenden politischen Willen von Regierungen vor Ort, Probleme aktiv anzugehen.<sup>9</sup> Problematisch ist jedoch, dass damit immer die eigene Handlungsoption relativiert oder ganz ausgeblendet wird. Auf EU-Ebene bedeutet das beispielsweise, die Förderung einer globalen Agrartreibstoff-Produktion, die wegen des Landhungers insbesondere das Recht auf Nahrung der armen ländlichen Gruppen gefährdet, einzustellen und wirksame Maß-

nahmen zur Regulierung der Finanzbranche im Bereich Agrarrohstoffe (Stichwort Nahrungsmittelspekulation) zu ergreifen. Politischer Unwille der Bundesregierung lässt sich auch am Beispiel Handel aufzeigen. Es gab trotz massiver Kritik keinen politischen Willen, das Assoziationsabkommen mit Zentralamerika mit Instrumenten zur Überprüfung menschenrechtlicher Folgen und einem Mechanismus, mit dem korrektive Maßnahmen ergriffen werden können, auszustatten. Eine Liste solcher Beispiele kann noch lange weitergeführt werden. Die bedeutende eigene menschenrechtliche Verantwortung bei so zentralen Themen wie Hungerbekämpfung wird so einzig auf ohnehin schlecht ausgestattete Regierungen im globalen Süden abgewälzt. Das ist ungenügend. ■

<sup>9</sup> BMZ beim Gespräch im IASS zu G8 Land Transparenz Initiative, 23. April 2013.

## Was uns nährt, was uns trägt

### Humanökologische Orientierung zur Welternährung

*Kurt Egger, Stephan Pucher (Hrsg.). oekom Verlag, München, 2012, Edition Humanökologie, Bd. 7, 311 S., ISBN 978-3-865-81319-0, 39,95 €.*

Ein erster Blick ins Inhaltsverzeichnis lässt den Leser vielleicht über Beiträge wie den zu „Schillers lyrisch-ästhetischer Suche nach der Natur“ stolpern. Hieran wird bereits deutlich, dass es sich bei diesem Buch um mehr als eine agrotechnisch-ökonomische Behandlung des Themas „Welternährung“ handelt. Die Herausgeber ergänzen vielmehr den Nahrungsbegriff im Sinne der Humanökologie, deren Forschungsgebiet die Wirkzusammenhänge und Beziehungen zwischen Gesellschaft, Mensch und Umwelt sind. Aus diesem Grund betrachten sie Ernährung neben der rein physischen Versorgung des Körpers mit Nährstoffen auch als kognitive und emotionale Nahrungsaufnahme.

Das Buch stellt Landwirtschaftsprojekte in den Tropen vor, die sich in vorbildlicher Weise um

einen Einklang von physischer und kultureller Ernährung der Menschen bemühen. Aufgrund ihres tiefen Eingebundenseins in die jeweilige Kultur liefern die Projekte keine allgemeingültigen, an jeden beliebigen Ort übertragbaren „Rezepte“, können aber nichtsdestoweniger „kulturell angepasst“ überall in ähnlicher Form durchgeführt werden. Mehrere Artikel im zweiten Teil des Buches beschäftigen sich auf den ersten Blick nicht mit Welternährung, sondern behandeln Themen wie Kommunikation, den Wandel unseres Naturverständnisses, Ästhetik und Spiritualität. Sie schärfen jedoch das Bewusstsein im Hinblick auf unser Natur- und Weltverständnis.

Die Herausgeber möchten mit der ungewöhnlichen Zusammenstellung der Artikel die Leser/-innen dazu anregen, die Doppelnatur der menschlichen Ernährung zusammenzudenken und auf diese Weise vereinfachende Lösungswege aus der globalen ökologischen Krise, aber auch der Ernährungskrise, zu vermeiden. ■ za





Foto: Welthungerhilfe

## Bäuerinnen – Ernährerinnen der Welt

Caroline Dangel-Vornbäumen\*

**Eine der größten Aufgaben unserer Weltgemeinschaft ist, eine Balance zu finden zwischen den Ansprüchen an die Versorgungssicherheit mit lebensnotwendigen Ressourcen und der Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlage. Umwelt, Naturschutz und vorsorgender Verbraucherschutz sind wichtige und wertvolle Güter – eine ausreichende Verfügbarkeit von Lebensmitteln hat mindestens den gleichen Wert.**

Die Landwirtschaft weltweit hat das Potenzial, für eine wachsende Weltbevölkerung ausreichend Lebensmittel ressourcenschonend zu produzieren und gleichzeitig einen Beitrag zur Versorgung mit Wärme, Strom und zur Mobilität zu leisten. Hierfür bedarf es jedoch einer weltweiten Effizienzinitiative, insbesondere, damit die Potenziale des knappsten aller Faktoren, der landwirtschaftlichen Nutzfläche, ausgeschöpft werden können.

In der Entwicklungszusammenarbeit hat die Förderung der Landwirtschaft in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. Dass das Bundesministerium für Er-

nährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den rückläufigen Trend bei den Ausgaben für diesen Bereich umkehren will, ist zu begrüßen, wie auch das Vorhaben, die Programme wieder stärker auf die Kleinbäuerinnen und -bauern auszurichten.

### **Rolle der Frauen in der Ernährungssicherung**

Frauen haben eine Schlüsselrolle in der weltweiten Ernährungssicherung. In Entwicklungsländern wird bis zu 80 % der

landwirtschaftlichen Arbeit von Frauen erbracht. Trotz ihres enormen Arbeitseinsatzes werden Frauen vielerorts aufgrund rechtlicher, ethnischer und kultureller Normen gering geschätzt und benachteiligt. 70 % der extrem armen Menschen weltweit sind Frauen. Aus diesen Gründen muss Frauenförderung integraler Bestandteil der Landwirtschaftsförderung sein.

Bereits bei der ersten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen im Jahr 1975 hat die Politik erkannt, dass Strategien zur ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherung ohne Berücksichtigung genderspezifischer Aspek-

\* Caroline Dangel-Vornbäumen, Referentin für Bildung, Agrarpolitik und Hauswirtschaft, Deutscher LandFrauenverband, Deutscher Landfrauenverband (dlv), Berlin, Tel. (030) 28 44 929 - 21, dangel@landfrauen.info.

te nicht zum Erfolg führen können. Mit dem jüngst aufgelegten Fünfjahresprogramm der Vereinten Nationen zur Förderung der Frauen auf dem Land müssen weitere Fortschritte erzielt werden.

Die Verringerung der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern kann maßgeblich zur Lösung des Hungerproblems beitragen. Laut Report „The State of Food and Agriculture“ von 2010-2011 der Welternährungsorganisation FAO könnten die Ernteerträge in den Entwicklungsländern um 20-30 % erhöht werden, wenn Frauen die gleichen Produktionsbedingungen und Rechte hätten wie Männer. Schätzungsweise 100-150 Mio. mehr Menschen könnten vor Hunger bewahrt werden.

Mit Blick auf die Fortentwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft müssen die Bäuerinnen in den Entwicklungsländern stärker in ihrer Rollenvielfalt berücksichtigt werden. Als Familienernährerinnen, beim Garten- und Kräuteraanbau sowie in der Saatgut- und Pflanzenzucht verfügen sie über Wissen, das für eine nachhaltige Landwirtschaft von besonderer Bedeutung ist und das es besser zu nutzen gilt.

Weiterhin muss die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen verbessert werden. Mehr Unterstützung von allen Seiten bei der Gründung von Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften ist notwendig. Von besonderer Bedeutung ist außerdem der Aufbau berufständischer Vereinigungen für Bäuerinnen. Die Erfahrungen zeigen: Überall dort, wo der bäuerliche Berufsstand gut organisiert ist, ist auch die Versorgungslage der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gut.

## LandFrauen für LandFrauen – aktuelles Projekt in Mali

Seit über 30 Jahren unterstützen LandFrauen über Projekte der Deutschen Welthungerhilfe Bäuerinnen und ihre Familien in Entwicklungsländern. Dabei steht immer die Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund. Seit 2010 fließen die Spenden der LandFrauen in ein Projekt im Süden Malis, in die Regionen Kayes, Koulikoro und Mopti.

Rund 500 ausgebildete Gesundheitsberaterinnen geben ihr erworbenes Wissen über eine bessere Ernährung ihrer Familien in den Dörfern weiter. Insbesondere die Aufklärungsarbeit über eine gesunde Kinderernährung hat messbar zu einer besseren Versorgung und Gesundheit der Kinder geführt. Im Gemüsebau haben Frauen Gartenbaugemeinschaften gegründet und so die Wasserversorgung für den Feldanbau verbessern können. Im Nachfolgeprojekt, das in diesem Jahr gestartet wurde und wieder vom BMZ gefördert wird, liegt der Schwerpunkt auf der Landbewirtschaftung. In Kayes und Koulikoro gibt es derzeit 53 Frauengruppen mit über 3 000 Mitgliedern. In allen drei Regionen sind es insgesamt 70 Gruppen.

Durch Beratung, den Einsatz von hochwertigem Saatgut und einer Ausstattung mit Geräten aus Projektmitteln gelingt es den Frauen, Überschüsse zu erzielen, die sie auf dem Markt verkaufen. Dieser wirtschaftliche Erfolg bringt ihnen in der Gemeinschaft ein hohes Ansehen.

Bildung ist ein krisenfestes Gut. Wie wichtig es ist, darauf in der Entwicklungszusammenarbeit zu setzen, zeigt ganz aktuell das Land Mali. Seit dort vor mehr als einem Jahr das Militär gegen die

Regierung putschte, ist die Bevölkerung in manchen Teilen des Landes wieder auf Nothilfen angewiesen. Vieles wurde zerstört und erfordert Aufbauarbeit. Die Investitionen in Bildung und der Wissenstransfer aber bleiben, sie werden die politische Krise überdauern.

Die Regionen, in denen das Projekt der LandFrauen durchgeführt wird, sind bisher von den Unruhen nicht betroffen, daher kann es bis auf weiteres fortgeführt werden.

## Die Welt ernähren – eine herausfordernde, aber lösbare Aufgabe

Würden sich die Länder zu Good Governance bekennen, wäre sehr viel für die Menschen getan. Mit der Beendigung der Korruption und politischer Unruhen, mit staatlichen Reformen der Landbewirtschaftung und einer Zusicherung von Landnutzungsrechten könnte viel erreicht werden. Hier gilt es, internationalen Druck auszuüben und dafür Sorge zu tragen, dass Vereinbarungen wie die Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern eingehalten werden.

Die Sicherung der Welternährung ist eine Aufgabe, die lösbar ist. Der Ausbau von Forschung und Entwicklung für einen nachhaltigen Produktivitätsfortschritt, eine offene Handelspolitik und Nothilfeprogramme, die es den Armen erlauben, zumindest ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, sind Bestandteil einer erfolgreichen Ernährungssicherungsstrategie. Vor allem aber sind Rahmenbedingungen notwendig, in denen Bauern, und auch Bäuerinnen, die notwendige Freiheit zum erfolgreichen und verantwortungsvollen Wirtschaften erhalten. ■



## Wir sollten den Fleischkonsum verringern

**Prof. Dr. Harald Grethe, Institut für Agrarpolitik und Landwirtschaftliche Marktlehre der Universität Hohenheim, über positive Auswirkungen eines veränderten Ernährungsverhaltens auf die weltweite Ernährungssituation, die Verwendung von Feindbildern in der politischen Auseinandersetzung und fehlenden politischen Handlungsbedarf bei Spekulation mit Agrargütern**

*Während nahezu alle deutschen Agrarökonominnen einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Finanzspekulationen mit Agrarrohstoffen und Welthunger verneinen, sind die Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich mit diesem Thema befassen, geschlossen gegenteiliger Meinung. Wie erklären Sie sich diese Diskrepanz?*

**Grethe:** Aus meiner Sicht ist die Diskussion etwas weniger polarisiert. Der Zusammenhang zwischen Preisvolatilität und Welthunger ist weitgehend unstrittig. Starke Schwankungen von Nahrungsmittelpreisen sind für von Ernährungsunsicherheit bedrohte Haushalte gefährlich. Die wenigsten Agrarökonominnen verneinen einen Zusammenhang zwischen Finanzspekulation und Preisvolatilität. Allerdings weist die bisherige empirische Evidenz nicht darauf hin, dass der Zusammenhang in seiner Richtung eindeutig ist und dass er in seinem Einfluss im Verhältnis zu anderen Faktoren wie Fundamentaldaten, Handelspolitiken oder Lagerbeständen bedeutend ist. Es ergibt sich somit aus Sicht der meisten Agrarökonominnen kein politischer Handlungsbedarf zur Eindämmung von Spekulation.

Viele NGOs haben sich zu Beginn der Debatte sehr eindeutig positioniert. Das zeitliche Zusammentreffen der hohen Preisausschläge 2007/2008 mit der zunehmenden Aktivität von nicht-traditionellen Akteuren an den Agrartermenmärkten schien einen ursächlichen Zusammenhang nahelegen und willkommen war sicher auch die Schuldzuweisung an Akteure in Industrieländern wie Banken. Es ist Aufgabe von entwicklungspolitischen NGOs, auf die Handlungsmöglichkeiten in Industrieländern zur Verbesserung der globalen Ernährungssicherung hinzuweisen. Weiterhin stehen NGOs unter Erfolgsdruck, um erfolgreiche Kampagnen zu gestalten und das geht, ähnlich wie in der Politik, halt besser mit zugespitzten Aussagen, insbesondere wenn sie klassische Feindbilder wie „die Spekulanten“ bedienen. Ich finde es schade, dass viele NGOs sich hier so extrem positioniert haben. In vielen anderen Bereichen sind die wissenschaftliche Evidenz und der politische Handlungsbedarf viel eindeutiger, etwa bei der Forderung eines Rück- und Umbaus der Bioenergiepolitik.

*Wie beurteilen Sie den Stand der wissenschaftlichen Forschung im Bereich „Spekulation“?*

**Grethe:** Die Forschung zu diesem Bereich ist noch recht neu. In der überwiegenden Anzahl der empirischen Arbeiten werden ökonometrische Methoden der Zeitreihenanalyse verwendet, mit denen ein ursächlicher Zusammenhang aus der zeitlichen Abfolge von Ereignissen abgeleitet wird. Diese Arbeiten kommen bisher überwiegend zu dem Schluss, dass es keinen eindeutigen kausalen Zusammenhang zwischen Spekulation und Preisvolatilität gibt. Allerdings brauchen wir weitere Forschungsarbeiten, die die Verhaltensdeterminanten und -muster von neuen Akteuren an den Warenterminmärkten untersuchen und im Rahmen von strukturellen Modellen abbilden. Denn grundsätzlich kann es natürlich so sein, dass Spekulation zur Blasenbildung und damit auch zu einer erhöhten Preisvolatilität beiträgt. Da es sich bei Agrarprodukten allerdings um sehr homogene Güter und recht transparente Märkte handelt, scheint eine ausgeprägte Blasenbildung eher unwahrscheinlich.

*In welchem Umfang gibt es einen Dialog zwischen Agrarökonominnen und NGOs in diesen Fragen?*

**Grethe:** Der Dialog in diesem Bereich ist ja sehr ausgeprägt. Denken Sie etwa an den offenen Briefwechsel zwischen Markus Henn, WEED, und Ingo Pies, Universität Halle. Herr Henn hat auch auf einer Podiumsdiskussion der 52. Jahrestagung der GEWISOLA vorgetragen. Ich denke, dass es gut ist, dass dieser Dialog fortgeführt und auch auf andere Bereiche ausgedehnt und intensiviert wird. NGOs können wichtige Partner für die Wissenschaft sein, um Inhalte auch gegen bestimmte Interessengruppen in die politische und gesellschaftliche Diskussion zu bringen und sie dort zu halten.

*Was erwarten Sie konkret von den NGOs?*

**Grethe:** Nichts anderes, als von den Agrarökonominnen: Wir sollten unsere intellektuelle Neugierde bewahren und nicht zu schnell meinen, dass es keine offenen Fragen mehr gibt, weil der bisherige Stand unseres Wissens gut zu unserem Weltbild passt. In Bezug auf die Spekulantendiskussion würde ich mir

von den NGOs wünschen, dass sie vorsichtiger argumentieren. Die sehr eindeutige Positionierung scheint mir eher durch das passende Feindbild und die politische Opportunität verursacht; mit der empirischen Evidenz ist sie so nicht zu begründen. Letztendlich gefährdet sie die Glaubwürdigkeit der NGOs.

*Die öffentliche Diskussion über Fragen der Welternährung wird in Deutschland sehr plakativ geführt. Warum dringen die Agrarökonominnen mit differenzierten Analysen und Vorschlägen so wenig durch?*

**Grethe:** Die meisten von uns wünschen sich „einfache Lösungen“, wodurch sich häufig plakative Diskussionen ergeben, die ja keinesfalls auf das Thema Welternährung beschränkt sind und durchaus auch im wissenschaftlichen Bereich geführt werden. Die Sicherung der Welternährung ist auch ein technisch besonders komplexes Thema, bei dem es nicht leicht ist, die Zusammenhänge zu überblicken. Außerdem ist es natürlich ein Thema, welches an unser moralisches Empfinden rührt: Es ist ein Skandal, dass wir im 21. Jahrhundert noch immer etwa 800 Millionen Hungernde haben. Und es ist eine unangenehme Wahrheit, dass wir auf vielen Ebenen, in Entwicklungs- wie in Industrieländern, viel zu wenig tun, um diesen Missstand endlich zu beenden. Das daraus zu Recht resultierende „schlechte Gewissen“ macht natürlich einfache Schuldzuweisungen an „die Spekulanten“, „die Politik“ oder „die Händler“ besonders attraktiv.

*Was muss „Ihre Zunft“ tun, damit sich das ändert?*

**Grethe:** Wir müssen stärker an der gesellschaftlichen und politischen Diskussion um die Sicherung der Welternährung teilnehmen und dabei nicht nur unsere wissenschaftlichen Spezialgebiete in der Forschung vertreten, sondern auch den Stand der Forschung in der Breite. Vor dem Hintergrund des Anreizsystems in der Wissenschaft, welches zu einer starken Spezialisierung einlädt, wird das immer weniger selbstverständlich. Außerdem müssen wir den Mut haben, nicht nur auf die Komplexität der Welt und den weiteren Forschungsbedarf hinzuweisen, sondern an vielen Stellen, an denen das ja durchaus möglich ist, den konkreten Handlungsbedarf benennen, auch wenn das nicht immer bei allen auf Dankbarkeit stößt. Schließlich sollten wir nicht nur feststellen, was man aus wissenschaftlicher Sicht tun sollte, sondern auch die konkreten Widerstände, an denen die Umsetzung häufig scheitert, untersuchen und benennen. Wenn wir das nicht tun, wird der Hinweis auf den Handlungsbedarf schnell naiv.



Foto: privat

Prof. Dr. Harald Grethe ist seit Oktober 2010 Direktor des Instituts für Agrarpolitik und Landwirtschaftliche Marktlehre der Universität Hohenheim. Der 48-jährige gebürtige Niedersachse hat in Göttingen Agrarwissenschaften studiert und bei Prof. Stefan Tangermann promoviert. Seit 2012 ist Grethe Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik vom Bundeslandwirtschaftsministerium.

*Kann die Agrarerzeugung in Deutschland und Europa zur Verbesserung der globalen Ernährungssituation beitragen? Wenn ja, wie und in welchem Umfang?*

**Grethe:** Das globale Agrarpreisniveau hat sich in den letzten Jahren deutlich nach oben verschoben; Biomasse ist knapp. Hierfür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Insbesondere das hohe Energiepreisniveau und die zunehmenden technologischen Möglichkeiten, Biomasse in Energie und Materialien umzuwandeln, tragen hierzu bei. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, zur Entspannung der globalen Biomassebilanz beizutragen. Die Steigerung der globalen Agrarproduktivität, auch in Deutschland und Europa, spielt hierbei eine wichtige Rolle. Besonders wichtig ist eine Steigerung der Agrarproduktivität allerdings in Regionen mit gefährdeter Ernährungssicherheit, denn dort erhöht sie nicht nur die Verfügbarkeit von Biomasse, sondern auch das Einkommen aus der Agrarproduktion. Eine weitere Möglichkeit zur Entspannung der globalen Biomassebilanz sind nachhaltigere Konsummuster, z. B.

durch einen lange überfälligen Ausstieg aus der Förderung von Biokraftstoffen aus Ackerbauprodukten sowie eine Verringerung des Fleischkonsums und der Nahrungsmittelabfälle. Allerdings ist eine gute globale Verfügbarkeit von Biomasse nur ein Baustein für die Verbesserung der Welternährung: Der Zugang zu Nahrung wird häufig durch die Kaufkraft beschränkt. Armut ist die hauptsächliche Ursache von Hunger und Armutsbekämpfung insofern die wirksamste Hungerbekämpfung.

*Beeinflusst das Konsumverhalten in Deutschland und den Industrieländern die globale Ernährungssicherheit?*

**Grethe:** Ja, denn eine starke Nachfrage nach Biomasse in Industrieländern erhöht das globale Agrarpreisniveau. Dies ist vor dem Hintergrund der angespannten globalen Biomassebilanz kritisch zu beurteilen. Insofern kann ein ressourcenschonendes Konsumverhalten in den Industrieländern zu niedrigeren Preisen und damit einer besseren globalen Verfügbarkeit von Biomasse beitragen.

*Sie sind in einem Forschungsvorhaben zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Reduzierung des Fleischkonsums in den OECD-Ländern weniger Einfluss auf die weltweite Ernährungssituation hätte als in der derzeitigen öffentlichen Diskussion vermutet wird. Sind Forderungen nach einer Verminderung des Fleischkonsums dennoch gerechtfertigt?*

**Grethe:** Ja. Wir haben gemeinsam mit einem Forscherteam des Lehrstuhls Marketing für Lebensmittel und Agrarprodukte der Universität Göttingen untersucht, welche Bevölkerungsgruppen bereit sein könnten, ihren Fleischkonsum einzuschränken, welche weiteren Änderungen im Ernährungsverhalten das nach sich ziehen würde und wie sich diese Änderungen auf das globale Agrarpreisniveau und den Nahrungsmittelkonsum in Entwicklungsländern auswirken würde. Bei einem Rückgang des Fleischkonsums in den Industrieländern um 20 % ergäben sich z. B. globale Preisrückgänge für Fleisch von etwa 9 % und für Getreide von bis zu 3 %. Diese Zahlen sind in der Presse gelegentlich so interpretiert worden, als hätte eine Verringerung des Fleischkonsums „kaum Auswirkungen“ auf die Welternährungssituation, was das Autorenteam der Studie bedauert. Eine Verringerung des Fleischkonsums kann durchaus zu einer deutlichen Entspannung der globalen Biomassebilanz beitragen. Allerdings bewegen sich die Effekte in einer Größenordnung, aus der auch hervorgeht, dass eine solche Konsumänderung nur ein Baustein unter vielen zur Verbesserung der Welternährung sein kann.

*Welche weiteren Effekte hätte eine Reduzierung des Fleischkonsums in den Industrieländern?*

**Grethe:** Eine Verringerung des Fleischkonsums ginge auch mit positiven Gesundheitswirkungen einher. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt eine Obergrenze für den Fleischkonsum von 300-600 g pro Woche. Weite Teile der Bevölkerung liegen deutlich oberhalb dieser Empfehlung. Außerdem ist die Fleischproduktion v. a. aufgrund des hohen Futteranspruchs und der damit verbundenen Flächennutzung relativ ressourcenintensiv. Eine Verringerung des Fleischkonsums würde deshalb auch zu einer geringeren Umwelt- und Ressourcenbelastung führen.

*Sollte die Politik den Fleischkonsum in den Industrieländern versuchen zu steuern? Wenn ja, wie?*

**Grethe:** Ja, die Politik sollte darauf hinwirken, den Fleischkonsum zu verringern. Das ist allerdings keine einfache Aufgabe. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln insgesamt und auch nach Fleisch ist in Industrieländern bei hohem Einkommensniveau recht preisunelastisch. Das heißt, dass moderate Steuersätze eher geringe Effekte hätten. Trotzdem könnten von einer solchen Steuererhöhung wichtige Signalwirkungen ausgehen. Der Wissenschaftliche Beirat Agrarpolitik hat deshalb in seinem letzten Gutachten zur Ernährungssicherung vorgeschlagen, den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf Nahrungsmittel auf das allgemeine Niveau anzuheben.

Eine viel wichtigere Rolle dürften allerdings Informationskampagnen und die resultierenden langfristigen Änderungen des Ernährungsverhaltens spielen. Aber solche Informationskampagnen müssten recht komplexe Botschaften enthalten. Anders als z. B. bei den politischen Maßnahmen zur Verringerung des Rauchens soll ja nicht der Fleischkonsum an sich in ein negatives Licht gerückt werden. Die Botschaft müsste also sein: „Fleisch ist ein gutes und gesundes Nahrungsmittel, esst Fleisch, aber esst weniger davon“. Die politische Bereitschaft, dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung zu setzen und die damit verbundenen Herausforderungen anzunehmen, ist bisher allerdings leider sehr gering.

*Sie haben unlängst auf die Vorbildwirkung der Industrieländer hingewiesen und intensivere politische Anstrengungen sowie Forschung für einen nachhaltigen Konsum angemahnt. Welche Anforderungen muss ein „nachhaltiger Konsum“ im Hinblick auf die Welternährung erfüllen?*

**Grethe:** Konsumstile in Industrieländern haben häufig Vorbildcharakter, denn aufgrund moderner Kommunikationstechnologien sind sie weltweit sichtbar. Insofern sind unsere Konsummuster nicht nur aufgrund ihrer direkten Wirkung auf den Ressourcenverbrauch relevant, sondern auch aufgrund dieser Signalwirkung. Ein nachhaltiger Konsum sollte die eigene Ressourcenbilanz auch im Hinblick auf den weltweiten Vergleich im Auge haben. Wir haben in vielen Regionen der Welt ein bedeutendes Einkommenswachstum und beobachten damit einhergehende Änderungen von Konsummustern, z. B. die Zunahme des Anteils tierischer Produkte in der menschlichen Ernährung. Eine weltweite Angleichung auf dem heutigen Niveau der Industrieländer hätte allerdings einen erheblichen Druck auf die natürlichen Ressourcen zur Folge: Die Weltfleischerzeugung müsste verdoppelt werden. Um eine Angleichung des globalen Einkommensniveaus, die ja aus Gründen der Gerechtigkeit wünschenswert wäre, nachhaltig sein zu lassen, muss also unser eigener Fleischkonsum verringert werden.

*Was sind aus Ihrer Sicht die drei wichtigsten Voraussetzungen, die mit wachsender Weltbevölkerung steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln zu befriedigen?*

**Grethe:** Erstens verstärkte Anstrengungen zur Armutsbekämpfung. Politisch häufig unstrittig sind Maßnahmen, die über ein allgemeines Wirtschaftswachstum und sog. Trickle-Down-Effekte wirken. Allerdings sollten für die dringend notwendige Beschleunigung der Verringerung von Armut auch vermehrt Maßnahmen einbezogen werden, die eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen sowohl innerhalb von Nationalstaaten wie auch zwischen Nationalstaaten beinhalten. Zweitens eine Erhöhung der Agrarproduktivität in Entwicklungsländern und dort insbesondere in kleinbäuerlichen Systemen, in denen ein Großteil der ernährungsunsicheren Bevölkerung lebt. Und drittens eine Entspannung der globalen Biomassebilanz. Dazu gehören z. B. eine Erhöhung der globalen Agrarproduktivität, ein Ausstieg aus der Förderung von Flüssigkraftstoffen aus Ackerbauprodukten und eine Verringerung von Nahrungsmittelverlusten sowie des Fleischkonsums in Industrieländern. ■ Rainer Münch

## Wareterminbörsen als Instrument des Risikomanagements bei Agrarprodukten

Dr. Volker J. Petersen\*

Die Rahmenbedingungen auf den Agrarmärkten der EU haben sich für die Unternehmen der Agrarwirtschaft in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. In der Vergangenheit gab es in der EU kaum Preisschwankungen, auch auf den internationalen Agrarmärkten kam es nur selten zu größeren Ausschlägen. Die Preise schwankten um den längerfristigen, eher nach unten gerichteten Trend. Gute Ernten wurden zur Lageraufstockung genutzt, die beim Auftreten von Missernten den Preisauftrieb bremsten. Mit Beginn des neuen Jahrtausends ist der mehr als einhundert Jahre andauernde Trend sinkender Agrarpreise offenkundig zu Ende gegangen.

Der Preistrend auf den Agrarmärkten zeigt seitdem nach oben. Der Grund dafür sind nicht, wie verbreitet behauptet wird, die Spekulation mit Agrarrohstoffen, sondern die grundlegenden Veränderungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Allein in den zurückliegenden elf Jahren hat die Weltgetreideernte den Weltverbrauch nur in vier Jahren leicht übertroffen, in sieben Jahren blieb sie darunter. Dazu hat ein ganzes Bündel von Faktoren



wie Bevölkerungswachstum, veränderte Verbrauchsgewohnheiten (mehr Fleisch) in Schwellenländern mit steigenden Einkommen und eine zunehmende Biokraftstoffproduktion beigetragen. Es ist deshalb zu erwarten, dass die Agrarpreise mit Blick auf die begrenzten Ressourcen tendenziell hoch bleiben bzw. eher steigen werden. Begleitet wird diese Entwicklung durch zunehmende Preisvolatilitäten an den Agrarmärkten.

\* Dr. Volker J. Petersen, Deutscher Raiffeisenverband e.V., Berlin, zuständig für Political Affairs, Genossenschaften, [petersen@drv.raiffeisen.de](mailto:petersen@drv.raiffeisen.de)

Agrarmärkte tendieren von jeher – ohne staatliche Eingriffe – wegen der besonderen landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen zu erheblichen Instabilitäten. Die jahrzehntelange Marktordnungspolitik der EU hat bei den Marktbeteiligten das Wissen um und die Erfahrungen im Umgang mit solchen Instabilitäten verkümmern lassen.

Für die Preisschwankungen auf den Agrarmärkten gibt es vielfältige Ursachen:

### Produktion unter Natureinfluss

Das Angebot hängt sehr stark von Variablen ab, die schwer vorherzusagen oder zu kontrollieren sind. Das gilt z. B. für das Wetter oder das Auftreten von Pflanzen- und Tierkrankheiten. Diese Faktoren können das Angebot in beide Richtungen kurzfristig und unvorhersehbar erheblich verändern. Der Klimawandel wird diese natürlichen Einflussfaktoren verstärken, auch in ihrer Unkalkulierbarkeit, weil er in vielen Teilen der Welt häufiger zu extremen Wetterereignissen führen wird. Hinzu kommen zyklische und saisonale Mengen- und Preiseffekte, die die Marktdaten ebenfalls nachhaltig beeinflussen können.

Die voranschreitende weltweite Liberalisierung der Agrarmärkte kann zu einem gewissen Ausgleich führen. Schlechte Produktionsbedingungen in einer Weltregion werden häufig durch gute in anderen Regionen ausgeglichen.

### Geringe Preiselastizitäten auf den Agrarmärkten

Ein weiteres Spezifikum der Agrarmärkte sind die geringen Preiselastizitäten. Kleine Schwankungen von Angebot oder Nachfrage haben starke Preisänderungen zur Folge. Dies gilt jedenfalls dann, wenn die Mengenänderungen nicht durch Lagerhaltung ausgeglichen werden können. Aktuell werden die Folgen

preisunelastischer Nachfrage durch die zahlreichen Förderprogramme für Erneuerbare Energien aus Biomasse verstärkt; diese Nachfrage reagiert wenig oder kaum auf Preisänderungen und verstärkt so das jeweilige Auf oder Ab.

### Zunehmende Verflechtung mit den Energie- und Finanzmärkten

Parallel zur Liberalisierung hat die Verflechtung der Agrarmärkte mit dem Energie- und dem Finanzmarkt enorm zugenommen. Unwägbarkeiten und Ausschläge auf diesen Märkten wirken sich immer stärker auf die Agrarmärkte aus. Diese Interdependenzen haben ganz unterschiedliche Ursachen. Agrarrohstoffe entwickeln sich immer weiter zu Substituten für fossile Rohstoffe, vor allem im Energiebereich. Die Endlichkeit der fossilen Rohstoffquellen tritt immer deutlicher zu Tage, verbunden mit einem kontinuierlichen Preisanstieg, der durch den Energiehunger bevölkerungsreicher Schwellenländer zusätzlich getrieben wird. Darüber hinaus beeinflusst der Energiepreis

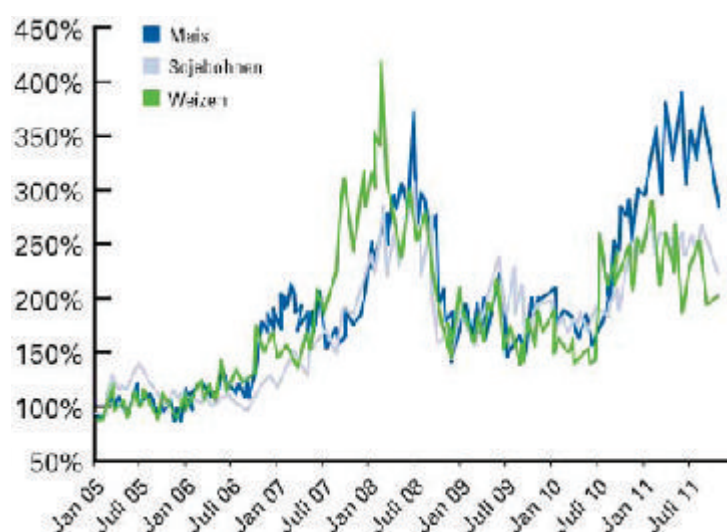
direkt die Kosten der Agrarproduktion (Betriebsmittel, Transport). Da der Preis für Energie im Zeitablauf seinerseits stark schwankt, ergibt sich hier eine weitere Ursache von starken Ausschlägen der Agrarpreise.

### Politik hat sich aus der Verantwortung für die Märkte zurückgezogen

In den vergangenen fünf Jahren ist deutlich geworden, wie unmittelbar und ungeschützt die EU-Agrarmärkte den auf den Weltmärkten wirksamen Kräften ausgesetzt sind. Die Politik hat kaum noch Instrumente in der Hand, um die großen Preisschwankungen, die von den Weltmärkten kommen, zu kontrollieren oder zu dämpfen. Preisentwicklungen sind kaum mehr prognostizierbar. Für die Unternehmen bedeutet das rasant steigende Risiken im Geschäft mit Agrarrohstoffen und Lebensmitteln.

Nachdem die EU-Marktordnungen als Agrarpreis bestimmender Faktor ausgeschieden sind, kommt neben den Kassa- auch den Terminmärkten für die Preisfindung

Abbildung: Preisentwicklung von Mais/Sojabohnen/Weizen



Quelle: Bloomberg, DZ BANK



Foto: DRV

eine wachsende Bedeutung zu, weil die Unternehmen immer stärker darauf angewiesen sind, ihre Preisrisiken abzusichern. Das tun sie vornehmlich mit den klassischen Terminkontrakten, die an Warenterminbörsen gehandelt werden.

### **Warentermingeschäfte auf Agrarmärkten – Risikomanagement oder gewissenlose Spekulation?**

Die agrarpolitische Diskussion wird aktuell durch die öffentliche Auseinandersetzung über Ursachen und Wirkungen der Preisschwankungen auf den Agrarmärkten bestimmt. Die Analyse des DRV ist eindeutig: Nach dem Wegfall der preisstabilisierenden Instrumente der EU-Agrarpolitik schlagen fundamental, also durch Klima, Witterung, Krankheiten etc. bedingte Angebots- und Nachfrageschwankungen auf die Preise durch. Die Warenterminbörsen sind nicht die Ursache von Preisschwankungen, sondern ein Instrument zur Absicherung dagegen. Sie sind heute in der EU ein unverzichtbares Instrument des Risikomanagements.

Dieses wird von den Kritikern der Spekulation auch eingeräumt. Dieses Instrument funktioniert

aber nur, wenn Spekulanten mit ihrem finanziellen Einsatz in Futures-Kontrakte investieren. Denn als Exklusivveranstaltung von Händlern und Verarbeitern funktioniert die Warenterminbörse nicht. Hier wird kein Gramm Ware bewegt, sondern Meinungen über die künftige Entwicklung der Preise, die nach oben und nach unten gehen können. Das ist keine Einbahnstraße. Und diese Meinungen werden durch Informationen über reale Entwicklungen wie Ernteaussichten, Wetter etc. geprägt.

Die EU ist nach wie vor damit beschäftigt, nach der großen Finanzkrise 2007/2008 eine neue Architektur für die Regulierung der Finanzmärkte aufzubauen. Es war nicht unbedingt zu erwarten, dass auch die Agrarmärkte von diesen Regulierungsmaßnahmen erfasst werden. Aber die Diskussion über die Preisschwankungen hat das Interesse der Politik auf die Warenterminbörsen gelenkt. Dabei hat sie sich den Spekulationskritikern zugeneigt. Sie sah sich mit der Forderung konfrontiert, den Warenterminbörsen stärkere Bandagen anzulegen.

Von den Agrarterminbörsen in der EU gehen aber keine syste-

mischen Risiken aus. Deshalb tritt der DRV dafür ein, die am Beginn ihrer Entwicklung stehenden Terminbörsen in der EU nicht im Keime zu ersticken.

### **Für mehr Transparenz**

Die EU-Kommission schlägt zwei Maßnahmen vor: Erhöhung der Transparenz und Einführung von Positionsobergrenzen an Warenterminbörsen. Der DRV befürwortet Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz. Dies kann durch ein intensiviertes Reporting über die an den Börsen eingegangenen Positionen erreicht werden. Damit erhalten die Aufsichtsbehörden einen besseren Überblick über die Akteure. Dieser Ansatz sollte zunächst praktiziert und nach einer angemessenen Frist bewertet werden. Sollte sich zeigen, dass es an den Agrarterminbörsen in der EU zu Fehlentwicklungen, Preisverzerrungen o. ä. kommt, erst dann sollten weitergehende Maßnahmen in Erwägung gezogen werden.

Inzwischen befürworten Europäisches Parlament und Ministerrat die Einführung von Positionslimits. Diese dürfen nicht zu restriktiv ausgestaltet werden; sonst besteht die Gefahr, dass die Preisabsicherung durch zu wenig Liquidität an den Börsen gefährdet wird. ■

## Mit Essen spielt man nicht

David Hachfeld\*

**Seit einigen Jahren gleicht der Weltmarkt für Agrarrohstoffe einer Achterbahn. 2008, 2011 und 2012 jagte eine Preisspitze die andere, binnen Monaten haben sich die Kurse von Weizen und Mais verdreifacht, jeweils gefolgt von massiven Einbrüchen. Die Folgen spüren vor allem Arme: Familien in Entwicklungsländern geben oft mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Lebensmittel aus. Explodieren die Preise, wächst der Hunger. Besonders Frauen und Kinder leiden. Betroffen sind auch Kleinbauern, denn langfristige Investitionen werden durch stark schwankende Absatzpreise zum unkalkulierbaren Risiko.**

Hohe und stark schwankende Preise haben viele Ursachen. Missernten, Klimawandel, wachsender Fleischkonsum, Biosprifförderung und andere Faktoren beeinflussen Angebot und Nachfrage und damit die Preise. Doch die Preis-Rallye der letzten Jahre lässt sich nicht allein aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage erklären. Viele Experten und Organisationen wie die Welternährungsorganisationen schreiben der Zunahme von spekulativen Geschäften eine Mitverantwortung zu.

Über Jahrzehnte hinweg wurden die Agrarterminbörsen vor allem von realen Händlern von Nahrungsmitteln zur Absicherung gegen Preisschwankungen genutzt. Heute hingegen werden mehr als zwei Drittel der Weizenkontrakte an der Chicagoer Börse von Spekulanten gehalten. Das Volumen der Weizenkontrakte, die an den US-Terminbörsen gehandelt werden, ist 70-mal größer als die gesamte US-Ernte. Zwei Gründe für diese Entwicklung sind die Deregulierung der Börsen seit 2000 und der massive Zustrom von spekulativem Kapital. Zwischen 2003 und 2011 stieg das Anlagevolumen in Agrarrohstofffonds von neun auf 99 Mrd. USD.

Die Dominanz von Spekulanten ist besonders problematisch, weil sich viele von ihnen bei ihren Geschäften nicht an Marktdaten, sondern an marktfremden Impulsen oder am Verhalten anderer Händler orientieren. Die Preissignale der Terminmärkte haben immer weniger mit dem Geschehen auf den realen Märkten zu tun. Es kommt zur vermehrten Blasenbildung. Anders als oft behauptet wird, versorgt diese Form der Spekulation die Landwirtschaft auch nicht mit neuem Investitionskapital. Stattdessen treibt sie, als Folge der zunehmenden Schwankungen, die Kosten für Absicherungsgeschäfte in die Höhe.

### Einnahmen auch aus der Verwaltung von Agrarrohstofffonds

Während Investoren, die ihr Geld in Rohstofffonds stecken, erhebliche Risiken eingehen und nicht selten auch deutliche Verluste abschreiben müssen, befinden sich Banken und Fondsgesellschaften in einer komfortableren Situation. Als Anbieter und Verwalter von Rohstofffonds bringen sie meist kein oder nur wenig eigenes Kapital in einen Rohstofffonds ein. Deshalb hängen ihre Einnahmen weniger von den Preisentwicklungen ab, sondern speisen sich vor allem aus den Verwaltungsgebühren der Fonds. Wenn die Fondsgesellschaften mit Depotbanken und Anlageberatern zusammenarbeiten, die zur selben Konzerngruppe gehören, können sie außerdem noch mit Einnahmen aus Depotbank- und Beratungsgebühren rechnen.

Diese Gebühren fallen immer an, egal ob die Preise steigen oder fallen. Sie werden in den Bilanzen der Fonds als Geschäftsausgaben ausgewiesen und letztendlich von den Investoren bezahlt. Die Höhe dieser Gebühren liegt bei ca. 0,5 bis 2 % pro Jahr, bezogen auf das Volumen des von Investoren angelegten Kapitals. Die Sätze klingen niedrig, doch angesichts der Größe der Fonds kommen beachtliche Summen zusammen: 2012 haben die deutschen Finanzinstitute, die Nahrungsmittelrohstofffonds anbieten, mindestens 116 Mio. € durch verschiedene Formen von Verwaltungsgebühren eingenommen.

Die höchsten Einnahmen erzielte dabei mit mindestens 62 Mio. € die Allianz. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die zum Konzern gehörende Investmentgesellschaft PIMCO, die einen der weltweit größten Rohstofffonds verwaltet: Der PIMCO Commodity Real Return Strategy Fund hatte 2012 ein Gesamtvolumen von 16,31 Mrd. €. Die Deutsche Bank verwaltet mindestens 34 Investmentfonds, die Agrarrohstoffderivate halten. Organisiert sind sie über mehrere Tochtergesellschaften, u. a. die DWS und das Bankhaus Sal. Oppenheim. Darunter befindet sich auch der größte Fonds, der ausschließlich auf Agrarrohstoffe setzt: der PowerShares DB Agriculture Fund. Die Einnahmen aus der Verwaltung dieser Fonds beliefen sich 2012 auf mindestens 40,84 Mio. €. Die Fondsgesellschaften der

\* David Hachfeld, Oxfam Deutschland, Referent für Handelspolitik, dhachfeld@oxfam.de, www.oxfam.de

anderen deutschen Finanzinstitute nahmen 2012 zusammen 13,49 Mio. € aus der Verwaltung der Anlagen ein.

## Positionslimits sollen Akteure und Preise regulieren

Wenn Menschen infolge künstlicher Preissprünge hungern, wird ihr fundamentales Menschenrecht auf Nahrung verletzt. Angesichts der vielen fundierten Hinweise darauf, dass spekulative Anlagen in Agrarrohstoffen problematische Auswirkungen auf die Preisentwicklung von Nahrungsmitteln haben können, sollte ein verantwortungsvolles Finanzinstitut das Vorsorgeprinzip ernst nehmen und auf das Anbieten eben dieser Produkte verzichten. Oxfam fordert die deutschen Banken und Versicherungen auf, einen Ausstieg aus der Spekulation mit Nahrungsmitteln zu beschließen und schnellstmöglich umzusetzen. Agrarrohstoffe sollten in keinem Investmentfonds enthalten sein.

Doch die Vehemenz und Kompromisslosigkeit, mit denen die Allianz und die Deutsche Bank als Schwergewichte im deutschen Markt an dem Geschäft mit der Nahrungsmittelspekulation festhalten, machen deutlich, dass auch auf politischer Ebene gehandelt werden muss. Sowohl in den USA als auch in der EU wird derzeit, ausgelöst durch die Fehlentwicklungen auf den Terminmärkten in den letzten Jahren, über die Einführung von Positionslimits diskutiert. Diese würden Obergrenzen für den Wert der von Händlern gehaltenen Rohstoffderivate festsetzen. Allianz und Deutsche Bank sperren sich jedoch gegen diese Bestrebungen. In den Augen der Deutschen Bank würden solche Obergrenzen „die Fähigkeit der Banken einschränken, auf die Bedürfnisse ihrer Kunden zugeschnittene Geschäfte anzubieten“, sie seien daher „kritisch zu sehen“. Angesichts der Probleme von Menschen in armen Ländern, die sich bei Preisexplosionen ihr Essen nicht mehr leisten können, sollten die Interessen der Anlagekunden der Konzerne allerdings nachrangig sein. Positionslimits würden tatsächlich bestimmte Geschäfte einschränken. Doch sie sind keineswegs ein neues Instrument. Vielmehr waren die Terminmärkte in den USA über viele Jahrzehnte mittels Positionslimits reguliert, ohne dass dies erkennbare Probleme für das ordentliche Funktionieren der Märkte dargestellt hätte.



Hungerroulette: Oxfam protestiert gegen das riskante Wetten deutscher Finanzinstitute auf die Preise von Agrarrohstoffen wie Mais und Weizen. Dieses Roulette-Spiel verstärkt das weltweite Hungerrisiko.

Erst seit der Jahrtausendwende wurden diese Positionslimits aufgeweicht und durch umfangreiche Ausnahmen ausgehöhlt – mit der Folge, dass FinanzspekulantInnen die Märkte dominieren konnten und die Preisvolatilität bis dahin unbekannte Ausmaße annahm. Heute geht es um die Korrektur dieser Fehlentwicklung. Auch mit Positionslimits könnten Banken und Finanzdienstleister ihren Kunden noch verschiedenste Geschäfte anbieten – nur eben nicht in einem Umfang, der das Verhältnis der Akteure an den Märkten aus dem Gleichgewicht bringt.

Oxfam fordert die Bundesregierung, die EU und die G20-Staaten auf, mit effektiven Gesetzen und starken Aufsichtsbehörden gegen Exzesse auf den Agrar-Terminmärkten sowohl präventiv als auch reaktiv vorzugehen. So könnten diese Märkte auch ihre Kernfunktionen der Absicherung und Preisfindung wieder erfüllen. Dafür sind Positionslimits, Berichtspflichten für Händler und eine Einschränkung des Handels mit fragwürdigen Finanzprodukten nötig.

Auch Bürgerinnen und Bürger müssen der Nahrungsmittelspekulation nicht tatenlos zusehen. Sie können Aktionen und Kampagnen unterstützen, damit Banken, Versicherungen und Pensionsfonds ihr Rohstoff-Portfolio auf den Prüfstand stellen und zurückfahren ([www.oxfam.de/gegenspekulation](http://www.oxfam.de/gegenspekulation)). Kundinnen und Kunden von Banken, Fonds und Versicherungen sollten sich über die mögliche Beteiligung ihrer Finanzinstitute an fragwürdigen Spekulationsgeschäften erkundigen, von ihren Kundenbetreuer/-innen Aufklärung über Anlagestrategien und Versicherungsrücklagen einfordern und gegebenenfalls den Wechsel zu einem anderen Anbieter prüfen. ■



## BDL-Positionspapier zur globalen Ernährungssituation

Im Mai hat der Bund der Deutschen Landjugend (BDL) ein Positionspapier beschlossen, in dem er Strukturen fordert, die es möglich machen, Hunger zu bekämpfen und allen Menschen einen gesicherten Zugang zu Nahrung erlauben. Überzeugt ist der BDL davon, dass dies nicht durch von oben diktierte Lösungen erfolgen kann, da sich die Situationen in den betroffenen Regionen sowohl voneinander als auch von denen in Deutschland und der EU zu sehr unterscheiden. Lt. BDL müssen vier Voraussetzungen in von Hunger betroffenen Regionen erfüllt sind, um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen:

1. Politiker in den betroffenen Staaten und in den Industrieländern werden aufgefordert, politische und rechtsstaatliche Stabilität, insbesondere geklärte Eigentumsverhältnisse von Grund und Boden zu schaffen sowie die Korruption zu bekämpfen.
2. Zwingend notwendig ist eine allgemeine, fachspezifische und politische Bildung, insbesondere von bzw. für Frauen in ländlichen Regionen, da ihr Bildungsstand das Hungerniveau maßgeblich beeinflusst.
3. Landwirte/-innen in den betroffenen Regionen müssen einen verbesserten Zugang zu Technik und technischem Know-how – neben Landtechnik zu regional angepassten Pflanzenzüchtungen und Nutztierassen sowie Nutztierhaltungsformen erhalten.
4. Die Infrastruktur muss soweit ausgebaut werden, dass sie einen gesicherten Zugang zu den Märkten gewährleistet. Durch die Bildung von Erzeugergemeinschaften und Genossenschaften können Landwirte/-innen ihre Marktmacht verbessern. Hier soll Entwicklungshilfe darauf abzielen, Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern. Die partielle und temporäre Abschottung vom Weltmarkt durch ein Importverbot ist zu akzeptieren.

Die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema sei Magdalena Zelder, BDL-Bundesvorsitzende, zufolge eine Frage der Solidarität unter Landwirten gewesen. Sie habe viele sensibilisiert und Denkprozesse angestoßen, die langfristige Veränderungen bewirken könnten. ■ fa

### Rentenbank:

## Welthandel sichert Versorgung mit Nahrungsmitteln

Die Ergebnisse der von der Edmund Rehwinkel-Stiftung der Landwirtschaftlichen Rentenbank geförderten Studien zum Thema „Sicherung der Welternährung bei knappen Ressourcen“ liegen in Band 29 der „Schriftenreihe der Rentenbank“ vor. Sie zeigen u. a., wie wichtig globales wirtschaftliches und vor allem landwirtschaftliches Wachstum für die Verbesserung der Ernährungssituation in der Welt sind. Berechnungen zufolge dürfte die globale Nahrungsmittelproduktion zwischen 2004 und 2020 rechnerisch um etwa 2,1 % pro Jahr ansteigen. Allerdings sind die Produktionskapazitäten und die natürlichen Ressourcen weltweit unterschiedlich verteilt. Nicht zuletzt deshalb bestehen in einigen Regionen zumindest temporäre Lücken zwischen Nahrungsmittelangebot und -nachfrage. Ein ganz wesentlicher Faktor für die Sicherung der Welternährung sei der internationale Handel, so Dr. Horst Reinhardt, Vorstandsvorsitzender der Edmund Rehwinkel-Stiftung und Sprecher des Vorstands der Rentenbank. Dieser ermögliche es, die Nahrungsmittel aus Regionen mit reicher Produktion in solche mit geringem Angebot fließen zu lassen. Darüber hinaus gebe es interessante regio-

nale produktionstechnische Ansätze, die geeignet seien, die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung zu verbessern.

Die Studien wurden von Professorin Brockmeier und ihren Mitarbeitern von der Universität Hohenheim, Professor Abdulai und Jan Dithmer von der Universität Kiel, Professor Grethe von der Universität Hohenheim und seinen Kollegen, Professor von Cramon-Taubadel von der Universität Göttingen und seinem Team sowie Professor Fock und Professor Fuchs von der Hochschule Neubrandenburg erstellt. ■

Interessenten erhalten den Band 29 der „Schriftenreihe der Rentenbank“ kostenlos unter Tel. (069) 21 07 363, Fax -6447 oder über das Online-Bestellformular unter <http://www.rentenbank.de/cms/ziel/262648/DE/Bestellformular.html>



## Wir lassen sie verhungern – die Massenvernichtung in der Dritten Welt

Jean Ziegler. Aus dem Französischen von Hainer Kober, C. Bertelsmann Verlag, München 2012, 320 S., ISBN 978-3-570-10126-1, 19,99 €.

Jean Ziegler zieht mit seinem Buch ein wütendes Fazit aus seinen Erfahrungen als erster Sonderberichterstatter der UN für das Recht auf Nahrung (2000-2008). Obwohl der World Food Report der UNO besagt, dass die Weltlandwirtschaft heute ohne Probleme 12 Mrd. Menschen ernähren könnte, sterben dennoch pro Tag 57 000 Menschen an Hunger. Schon der Titel des Buches macht es deutlich: Hunger wird von Menschen gemacht und fußt auf bewussten Entscheidungen (oder ihrem Fehlen): ein Wirtschaftssystem, das auf Profitmaximierung arbeitet, Dumpingpreise für europäische Agrarprodukte auf afrikanischen Märkten, die Überschuldung der Entwicklungsländer, Landraub und Agrarspekulation. Nur zehn Kon-

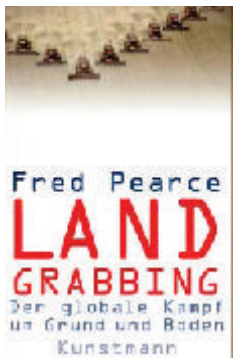
zerne kontrollieren 85 % der weltweit gehandelten Nahrungsmittel und entscheiden damit über Leben und Tod.

Das Buch folgt in seinem Aufbau der Büchse der Pandora. Zuerst kommen die Plagen und Übel, legt der Autor die Strukturen offen und benennt „die Halunken“.

Und ganz unten – auf zehn Seiten – folgt die Hoffnung. Hier setzt Ziegler auf die Zivilgesellschaft, in deren Macht es liegt, die Regierungen zur Abschaffung der Exportsubventionen, zur Totalentschuldung, zum Verbot von Agrarrohstoffspekulationen zu zwingen. Einen weiteren Hoffnungsschimmer sieht er im erwachenden Widerstand der betroffenen Landbevölkerung u. a. in Gestalt transnationaler Bauerngewerkschaften. ■ za



## Landgrabbing – der globale Kampf um Grund und Boden



Fred Pearce, Verlag Antje Kunstmann, München 2012, 397 S. ISBN 978-3-88897-783-1, 22,95 €.

Rund um den Globus reiste der britische Wissenschaftsjournalist Fred Pearce, um mit Investoren, Agrarmanagern, Landarbeitern und Kleinbauern über Ursachen und Wirkungen des weltweiten Kampfes um Agrarflächen zu reden.

So unterschiedlich die meist ausländischen Käufer oder Pächter – private Investoren, Industrie- und Staatskonzerne – sind, so unterschiedlich sind die Motive der Landnahme: Schutz vor Inflation, Spekulation, Anbau von Industrie-Rohstoffen und Ernährungssicherung für die Bevölkerung anderer Länder. Für die ansässigen Menschen und die Umwelt sind die Folgen der neuen industrialisierten Landwirtschaft meist gravierend. Pearce stellt die Fallbeispiele aus mehr als 20 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in einen geschichtli-

chen Kontext und beschreibt auch die politischen Folgen, die der Verkauf von meist nur vermeintlich ungenutztem Boden haben kann: So hätten sich einige Tuareg im Niger und in Mali nach dem Verlust von Weidegründen der Al Qaida angeschlossen. Neben den direkten Folgen für die ansässige Bevölkerung sinke durch Privatisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft auch die Nahrungsmittelproduktion insgesamt. Studien zeigten, dass Viehhaltung der beste Weg sei, trockene Savannen zu nutzen.

Über das Ausmaß der Landnahme ist keine Einigkeit zu erzielen: Für das Jahr 2010 spricht die Weltbank von 47 Mio., andere Organisationen von 80 Mio. Hektar. „Die Wahrheit ist, dass es niemand weiß. Es gibt kein Zentralregister und die Regierungen lassen sich nicht gerne in die Karten schauen. Manche der größten Deals, auf die ich stieß, waren heimlich abgeschlossen worden und auch den intensiv mit dem Thema befassten NGOs nicht bekannt, während andere Schlagzeilen machten, aber nie verwirklicht wurden“, stellt Pearce in der Einleitung zu seinem sachlich geschriebenen Buch fest. ■ ba

## HUNGER – Dokumentarfilm mit Informations- und Bildungsmaterial

Ein Film von Marcus Vetter und Karin Steinberger. DVD + DVD-ROM. 2011. Bestellnummer 1.939, Bereitstellungspauschale 10,00 €, Bestellung unter: [www.bpb.de/publikationen/475FCN](http://www.bpb.de/publikationen/475FCN)

Der 90-minütige Dokumentarfilm „Hunger“ erzählt, wie Menschen, Gruppen und Organisationen darum ringen, eine der schlimmsten sozialen, politischen und ökonomischen Probleme unserer Tage zu lösen: den Hunger in der Welt.

